



## Demokratie vs. jüdischer Staat – Material zur demografischen Situation in Israel und den jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten

Anfang September werden in Washington die direkten Gespräche zwischen der Regierung des Staates Israel und der Palästinensischen Nationalautonomie (PNA) wieder aufgenommen werden. Diese Gespräche sollen innerhalb eines Jahres zu einem tragfähigen Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien führen. Sie waren mit dem Antritt der Regierung Netanyahu ins Stocken geraten. Einer der wichtigsten Streitpunkte, dessentwegen die PNA die Gespräche unterbrochen hatte, war der fortgesetzte Bau jüdischer Siedlungen auf dem Territorium, das die PNA als das künftige Staatsgebiet Palästinas ansieht. In Israel andererseits ist die Bereitschaft zu Gesprächen mit der PNA sehr groß. Allerdings ist dies erst seit einiger Zeit so. Der Grund dafür ist die Furcht, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in den besetzten Gebieten aber auch innerhalb Israels die jüdische Bevölkerungsmehrheit schwinden könnte. Zugespitzt formuliert könnte der Staat Israel in relativ kurzer Zeit vor der Alternative stehen, entweder eine Demokratie zu bleiben, in der aber dann möglicherweise eine nicht mehr jüdische Mehrheit entscheidet, oder zu Lasten des demokratischen Charakters des Staates an der zionistischen Idee festzuhalten, in erster Linie eine (staatliche) Heimstatt für die Juden in der ganze Welt zu sein. Aus diesem Dilemma hofft man zu entkommen, indem man einen palästinensischen neben dem jüdischen Staat Israel anstrebt.

Wie realistisch aber ist eine solche Lösung? Wie ist der demografische Befund? Und ist die Schaffung zweier weitgehend monoethnischer Nationalstaaten unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich?

Der vorliegende Beitrag beleuchtet den demografischen Wandel durch Auswertung einschlägiger Statistiken. Ziel ist es auf die Problematik des demografischen Wandels hinzuweisen und die Bedeutung direkter Verhandlungen vor diesen Hintergrund zu unterstreichen. Dabei wird sich zeigen, dass eine Verhandlungslösung sehr wohl anzustreben ist, aber diese wohl kaum das programmatische Ende des Friedensprozesses darstellen kann. Grundlegende Konfliktlinien und

demografischer Wandel können nicht vollständig durch das Verhandlungsziel, die Zweistaatenlösung, ausgeräumt, beziehungsweise aufgehoben werden. Auch eine Grenzverschiebung würde nicht die nötige ethnische Homogenität herstellen können, nicht für einen palästinensischen Staat und noch weniger für Israel.

Die Arbeit richtet sich an alle interessierten Leser, die mehr Informationen zu den komplexen gesellschaftlichen Verflechtungen innerhalb Israels suchen. Sie zeigt auf, wie und warum die innergesellschaftlichen Rahmenbedingungen Israels die Verhandlungen mit der PNA beeinflussen und vor welchen Veränderungen die israelische Gesellschaft in den nächsten Jahren steht.

Das Israelische Zentralbüro für Statistik (Israel Central Bureau of Statistics) gab im Jahr 2007 die Bevölkerungsgröße für Israel innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949 (der so genannten Grünen Linie) und die israelische Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit einer Zahl von insgesamt 7 243 600 Einwohnern an. Identische Zahlen werden vom Jerusalem Institute for Israel Studies verwendet. Bei diesem Institut handelt es sich um eine unabhängige Non-Profit-Organisation, die sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Entscheidungsträger sowie eine breite Öffentlichkeit mit Analysen, Zahlen und Fakten zum israelisch-palästinensischen Konflikt zu versorgen. Das Jerusalem Institute for Israel Studies wurde 1978 von Teddy Kollek, dem ehemaligen Bürgermeister Jerusalems gegründet. Sofern im Folgenden nicht anders angezeigt, handelt es sich um Zahlen des Jerusalem Institute for Israel Studies.

Das durchschnittliche Bevölkerungswachstum in den oben genannten Gebieten lag zu diesem Zeitpunkt, Anfang 2008, bei 1,8% - in absoluten Zahlen 127 000. Darin eingeschlossen ist ein Wanderungsgewinn von 22 800 Personen.

Das Bevölkerungswachstum in den besetzten Gebieten lag um ein Vielfaches höher als der Gesamtdurchschnitt. Die Zahl der so genannten Siedler wird im Jahr 2008 mit 290 697 für die Westbank ohne Ost-Jerusalem und zusätzlich mit 184 707 für Ost-Jerusalem angegeben. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Stadtgrenzen Jerusalems unklar sind. Die Zahl von 184 707 Siedlern umfasst möglicherweise die im Osten an Jerusalem grenzenden Siedlungen und Teile Ost-Jerusalems. Eine Doppelzählung mit den Siedlern der Westbank ist nicht auszuschließen. Insgesamt stellt die Siedlerbewegung 5-7% der israelischen Staatsbürger dar. Der Gazastreifen, 2005 geräumt, spielt keine statistische Rolle. Die Siedlerbevölkerung wird, statistisch korrekt, mit 0 angegeben. Die Siedler verteilen sich auf 121 Siedlungen (Quelle: Israel Central Bureau of Statistics). Diese Zahl enthält jedoch keine Angaben über Siedlungen in den von Israel annektierten Vierteln Ost-Jerusalems. Palästinensische Quellen geben die Zahl der Siedlungen mit 144 an (Quelle: Palestinian Central Bureau of Statistics).

Die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Siedlungen ist sehr unterschiedlich. Die Daten weisen für das Jahr 2008 für die Siedlungen ein Bevölkerungswachstum von 5,45% aus. Zum Vergleich: Zu diesem Zeitpunkt lag das Bevölkerungswachstum der Staatsbürger Israels insgesamt bei 1,8%, also deutlich niedriger. Das Wachstum der Siedler ist hier bereits inklusive. Insgesamt vergrößerte sich die Siedlerpopulation um 11 600 Menschen. Dabei mitgerechnet ist ein Wanderungsgewinn von 3 900 Menschen aus dem Kerngebiet Israels oder dem Ausland. 7 700 Menschen wurden neugeboren. Die Siedlerpopulation wird somit nicht nur immer größer, sondern auch immer jünger. Am stärksten ist das Wachstum in religiösen Siedlungen, wie Modi'in Illit oder Betar Illit. Stellenweise lag hier das Wachstum bei fast 10% (zum Beispiel: Talmon: 8,1%; Har Bracha: 9,2%; Beit Hagai: 9,5%). Yitzhar wuchs um 12% und Negohot gar um 20,6%. Säkulare Siedlungen wie Ariel, mit einem Wachstum von 0,7%, oder Givat Ze'ev, mit einem Wachstum von 1,1%, wuchsen im Vergleich kaum (Quelle: Israel Central Bureau of Statistics/Nadav Shragai in Ha'aretz am 16. August 2007).

Die größten Siedlungen sind: Ma'ale Adumim mit 33 821 Einwohnern, Modi'in Illit mit 41 896 Einwohnern, Betar Illit mit 34 892 Einwohnern und Ariel mit 16 716 Einwohnern.

Die Mehrheit der Siedlungen (74) liegt östlich der im Bau befindlichen Sperranlage zwischen den israelischen und palästinensischen Gebieten. Die Mehrheit der Siedler (76,2% bzw. 209 716 Siedler) lebt jedoch in Siedlungen westlich des geplanten Verlaufs der Sperre. Die Siedlungen östlich der Sperranlage wachsen durchschnittlich langsamer als die Siedlungen westlich der Sperre. Das Wachstum der Siedlerpopulation lag östlich der Sperranlage bei 4,11%, westlich davon bei 5,78%. Die im Abschnitt zuvor angesprochenen religiösen Siedlungen mit enormen Wachstumszahlen Talomon, Har Bracha, Beit Hagai, Yitzhar und Negohot stellen hier die große Ausnahme dar und verzerren das Bild der Statistik. Sie liegen alle östlich der Sperranlage. (Quelle: Israel Central Bureau of Statistics/Nadav Shragai in Ha'aretz am 16. August 2007).

Der häufige Sprachgebrauch einer Gleichsetzung von Juden und Israelis, vor allem in der Medienlandschaft, ist nicht korrekt. Ein Fünftel aller Israelis ist nichtjüdisch. Die gängigen Statistiken unterteilen in Araber, Juden und andere, oder teils noch weiter: in Juden, Moslems, arabische Christen, nichtarabische Christen, Drusen und nicht religiös Erfasste. Bei der Gruppe der nicht religiös Erfassten handelt es sich meist um Menschen jüdischer Abstammung oder jüdischen Glaubens, die halachisch (religionsrechtlich) jedoch nicht als Juden anerkannt werden. Da Christen, Drusen und religiös nicht Erfasste statistisch im vorliegenden Sachverhalt eine nachgeordnete Rolle spielen, soll eine Betrachtung der Gruppen Juden und Araber genügen.

Noch 1922 lebten deutlich mehr Araber als Juden innerhalb des Gebietes, das später von der Grünen Linie umrissen sein wird. 673 400 Araber standen 83 800 Juden gegenüber. Erst durch

die historisch bedingte starke jüdische Zuwanderung wechselten die Mehrheitsverhältnisse deutlich. Zuverlässige Statistiken setzen allerdings erst wieder 1967 ein. Damals standen 392700 Araber und 2 383 600 Juden im Land gegenüber. Machten also im Jahr 1922 Araber noch 88,9% der Bevölkerung aus, so kippte dies durch diverse historische Ereignisse dramatisch. 1967 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt.

2008 weist die Statistik 5 793 600 Juden und 1 450 000 Araber aus. Doch aufgrund einer unterschiedlichen Geburtenrate verschiebt sich das Verhältnis. Denn der Wanderungsgewinn der jüdischen Bevölkerung durch Einwanderung wird immer geringer. In den Statistiken lässt sich der Prozess gut nachvollziehen. 2008 machte die arabische Bevölkerung 20,0%, die jüdische Bevölkerung 80,0% aus. Wichtig ist hier, darauf zu verweisen, dass nur die Statistiken innerhalb der Grünen Linie beachtet werden. Die besetzten Gebiete fließen in diese Statistik nicht mit ein. Lag das Bevölkerungswachstum im Jahr 2008 bei den jüdischen Staatsbürgern bei 1,6%, betrug es bei dem arabischen Anteil 2,6%. Dabei ist das Wachstum, sowohl der Juden als auch der Araber, bereits über einen längeren Zeitraum leicht rückläufig. In Jerusalem sind die Unterschiede noch gravierender. Hier liegt das Bevölkerungswachstum der Juden bei 1,2%, das der Araber bei 3,2%. Es gilt dabei zu beachten, dass bei diesen Werten die Wanderungsgewinne bereits berücksichtigt sind. Dieser ist beim jüdischen Bevölkerungsanteil deutlich höher. So wanderten 22 800 Juden nach Israel zu, aber nur 200 Araber; eine statistisch irrelevante Größe auf Seiten der Araber.

Das Bevölkerungswachstum der Araber in den besetzten Gebieten spielt aber eine entscheidende Rolle, um die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung in der gesamten Region zu verstehen. Es liegt im Gaza-Streifen bei 3,29% und in der Westbank bei 2,13% (Quelle: CIA-World Factbook 2010).

Eine deutlich höhere Geburtenrate innerhalb Israels liegt bei der als arabisch definierten Bevölkerung vor. Ein demographischer Wechsel ist schon jetzt prognostizierbar und er wird durch die Eigenschaften exponentiellen Wachstums noch an Dynamik gewinnen. Dies führt bereits heute immer wieder zu Spannungen, da einige Israelis um den jüdischen Charakter ihres Staates fürchten.

Die hohe Geburtenrate religiöser Siedler birgt ebenfalls Spannungspotenzial, da religiöse Siedler häufig auf die Alimentierung durch den Staat angewiesen sind. Fraglich ist, wie lange der Staat diesen Verpflichtungen nachkommen will beziehungsweise kann. Die Solidarität zwischen säkularen und religiösen Juden ist ohnehin nicht all zu tief ausgeprägt und beruht auf einem historischen Kompromiss von 1948, nachdem Israel sowohl demokratischer als auch jüdischer

Staat ist. Dabei kommt den orthodoxen Juden die Wächterfunktion über den jüdischen Aspekt zu. In der Praxis ergibt sich dabei das Bild, dass die Orthodoxen und Nationalreligiösen in der Politik die bereits beschriebene Alimentierung sicherstellen. Häufig belegen ihre Parteien die dafür nötigen Schlüsselresorts, wie zum Beispiel Soziales, Familie, Bildung und Erziehung.

Es gibt aber auch eine Vielzahl von Juden, die nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus anderen Gründen, zum Beispiel aus finanziellen Erwägungen in den Siedlungen wohnen. Statistisch ist dieses Phänomen jedoch noch nicht erfasst. Aus Sicht der Palästinensischen Autonomiebehörde ist die Mehrheit der Siedler jedoch als "orthodox" oder "nationalreligiös" zu bezeichnen (Quelle: Palestine Central Bureau of Statistics). Sie wählen in der Mehrzahl Parteien im rechten Parteienspektrum.

Israel hat eine darüber hinaus sehr diversifizierte Bevölkerungsstruktur. Neben erheblichen sozialen Unterschieden, mit entsprechenden sozioökonomischen Implikationen, stehen insbesondere die ethnischen Bevölkerungsunterschiede hervor. Zwar steht die Unterscheidung zwischen Juden und Arabern von außen betrachtet im Vordergrund, aber es darf darüber nicht übersehen werden, dass die jüdische Bevölkerung selbst äußerst heterogen ist. Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR, Europa, Nord- und Südamerika, Nordafrika, Äthiopien und anderen Weltregionen treffen auf heimische Juden. Es kommt immer wieder zu kulturellen Konflikten.

Sozioökonomische Implikationen treffen wiederum vor allem auf das Verhältnis zwischen säkularen und religiösen Israelis zu. Wie beschrieben haben religiöse Juden deutlich mehr Kinder. Diese werden durch die übrigen Steuerzahler mitversorgt, da die Religiösen selbst meist niedrige Einkommen haben.

Aktuelle Friedenspläne für den Israelisch-palästinensischen Konflikt sehen eine Zweistaatenlösung vor. Im Rahmen dieser Lösung wird immer wieder ein Gebietsaustausch diskutiert, auch um die beschriebene demographische Entwicklung zu entschärfen und zwei nahezu homogene Nationalstaaten schaffen zu können.

Die Diskussion um Grenzverschiebung wird vor allem um die Region Wadi Ara entlang der Autobahn 65 geführt. Dabei handelt es sich um eine Grenzverschiebung nach Nordosten zu Gunsten der Palästinenser mit einer Tiefe von 2 bis 3 Kilometern. Die Region ist mehrheitlich arabisch besiedelt. Die Bevölkerung des Wadis Ara lehnt diesen Tausch ab. Eine Umfrage unter den Bewohnern in Um Al-Fahm im Jahr 2000 ergab, dass 83% einen Gebietsaustausch ablehnen, 11% äußerten keine Meinung und nur 6% stimmten für die Möglichkeit eines Gebietstausches. Unter den 83% die sich ablehnend äußerten, gab über die Hälfte an es zu

bevorzugen, unter einem demokratischen Regime mit hohem Lebensstandard zu verbleiben (Quelle: Kul Al-Arab 2000). Hier wären mit einem erzwungenen Gebietsaustausch erneute Spannungen vorprogrammiert. Obwohl diese Umfrage bereits 10 Jahre alt ist und seit dem verschiedene Ereignisse in der Region stattgefunden haben, kann man doch davon ausgehen, dass solch große Mehrheiten von einer gewissen Stabilität geprägt sind.

Diese Art von Gebietstausch löst zudem nicht das Hauptproblem der vielen, wechselseitig bestehenden nationalen Exklaven. Keine der Konfliktparteien verfügt über einen zusammenhängenden monoethnischen Siedlungsraum.

Eine einseitige Räumung der Siedlungen, wie im Gazastreifen geschehen, ist aktuell politisch nicht durchsetzbar. Selbst eher säkulare Israelis teilen diese Sichtweise. Ein Grund könnte in den mangelnden Entschädigungsleistungen, die die ehemaligen Siedler des Gaza-Streifens erhalten haben, liegen. Es steht zu befürchten, dass eine Umsiedelung darüber hinaus nicht gewaltfrei zu regeln wäre. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die überwiegende Zahl von 80% der Siedler nicht zu Gewalt neigen würde, so stellt der gewaltbereite Rest bei Siedlungen mit teils mehr als 30.000 Bewohnern immer noch ein großes Problem dar.

Es wäre möglich, große Siedlungen in der Nähe der Grünen Linie, insbesondere in Ost-Jerusalem, wie zum Beispiel Ma'ale Adumim, im Rahmen eines Gebietsaustausches zu annektieren und durch Gebietstausch zu kompensieren. Es ist fraglich, ob ein solcher Gebietstausch auf die Zustimmung der palästinensischen Seite stoßen würde. Jerusalem, auch von den Palästinensern als Hauptstadt des möglichen eigenen Staates beansprucht, wird durch die Siedlungen faktisch von der Westbank abgetrennt. Darüber hinaus wird das Problem der Zersiedlung nicht gelöst. Zwar würden beide Staaten durch einen Gebietstausch ethnisch homogener, aber keineswegs vollständig. In Israel wäre das Minderheitenproblem noch immer nicht gelöst. Je nach Größe des Gebietstausches und je nach Quelle schwanken die Angaben zwischen 10-20% für eine weiterhin verbleibende arabische Minderheit. Auf Grund der demographischen Entwicklung könnte sich Israel längerfristig trotz Gebietsaustausches in Richtung eines Bi-Nationalstaates entwickeln. Das eingangs beschriebene Dilemma, irgendwann womöglich zwischen Demokratie und dem Erhalt des jüdischen Charakters Israels wählen zu müssen, wäre nicht gelöst, sondern nur verschoben. Solange für Israel die eigene Sicherheit nicht definitiv gewährleistet ist, solange bliebe eine arabische Minderheit auch ein Sicherheitsrisiko. Dieses Sicherheitsrisiko wird durch die Existenz eines palästinensischen Nachbarstaates ja nicht unbedingt gemildert, sondern kann sogar noch gesteigert werden.

Autor: Johannes Clemens Geist, B.A., zurzeit Praktikant bei der Hanns Seidel Stiftung in Jerusalem  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)